



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten
für Pforzheim und den Enzkreis

„Jedes Alter zählt!“

Bundesregierung startet Initiative zum demografischen Wandel

Die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland wird sich in den nächsten Jahrzehnten entscheidend verändern: Im Jahr 2060 wird bereits jeder Dritte mindestens 65 Jahre alt sein. Im Jahr 2060 werden doppelt so viele 70-jährige leben, wie Kinder geboren werden.

Weil in Zukunft immer mehr älteren Menschen immer weniger Junge zur Seite stehen und die Bevölkerung schrumpft, stehen wir in fast allen Politikbereichen vor enormen Herausforderungen. Dabei gilt: Schon jetzt müssen wir die Weichen für die Gesellschaft von morgen stellen und die Gerechtigkeit zwischen den Generationen als Leitlinie durchsetzen. Ältere Menschen mit ihrem Reichtum an Erfahrung und Wissen sind für unsere Gesellschaft ein Schatz, der in den Zeiten des Jugendwahns viel zu wenig gewürdigt wurde. Jeder Mensch altert aber anders. Daher sind auch neue Konzepte für ein flexibles Ende des Arbeitsprozesses notwendig.

Ob uns die Bewältigung der demografischen Herausforderungen gelingt, wird sich unter anderem daran entscheiden, ob wir es schaffen, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. Viele Menschen machen sich Sorgen, dass ihre Rente im Alter nicht zum Leben ausreicht. Immer wieder ist in den Medien von drohender „Altersarmut“ die Rede. Die Position der Union dazu ist unverkennbar: Wer sein Leben lang Vollzeit gearbeitet hat, muss im Alter von seiner Rente leben können. Leistung muss sich lohnen. Das muss auch für Menschen gelten, die sich der Familienarbeit gewidmet haben. Deshalb soll die geplante Zuschussrente auch Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten berücksichtigen. Die Arbeit am Menschen und mit Menschen muss anerkannt und wertgeschätzt werden.

Vor ebenso großen Herausforderungen stehen wir in der Pflegepolitik. Auch hier gilt: Wir müssen heute

handeln, damit Menschen aller Altersgruppen morgen auf feste soziale Strukturen vertrauen können. Bereits heute gibt es in Deutschland etwa 2,4 Millionen Pflegebedürftige. Bis zum Jahr 2050 wird sich diese Zahl nahezu verdoppeln. Zugleich wird die Zahl der Beitragszahler, die die Leistungen der Pflegeversicherung finanzieren müssen, sinken. In einem ersten Schritt wird die Koalition bereits im nächsten Jahr die Leistungen für Demenzerkrankte deutlich verbessern und pflegende Angehörige besser unterstützen. Um die Kosten von ca. 1,2 Mrd. Euro zu decken, wird der Beitragssatz zum 1.1.2013 um 0,1% angehoben.

Weitsichtige Planung und Offenheit für innovative Ideen sind gefragt. Bei den meisten jungen Menschen in Deutschland gebe es einen "abstrakten" Kinderwunsch. Dieser werde dann aber aus unterschiedlichen Gründen nicht oder erst in einem Alter weit über 30 Jahren verwirklicht. Offensichtlich stimmen die Rahmenbedingungen nicht, neben Berufseinstieg und Karrierebeginn auch eine Familie zu gründen. Hier stehen wir vor vielen Aufgaben, beispielsweise familienorientierte Studiengänge, eine flächendeckende Kinderbetreuung, die stärkere Arbeit von zu Hause mit flexibler Anwesenheit im Büro und eine Verbesserung haushaltsnaher Dienstleistungen.

Besonders stark wird der ländliche Raum den demografischen Wandel spüren. In vielen Regionen Ostdeutschlands ist das schon heute Realität. Aber auch Baden-Württemberg wird hiervon nicht verschont werden. Gute medizinische Versorgung, soziale Infrastruktur, ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr, Einkaufsmöglichkeiten und auch schnelles Internet dürfen kein Privileg der Städte werden. Für die Union ist klar: Auch in Zukunft können die Menschen in Deutschland auf eine Politik vertrauen, die gerecht, zukunftsorientiert und verlässlich alle Politikfelder gestaltet.

Zuzug von Hochqualifizierten ermöglichen

Der demografische Wandel erfordert sehr große Anstrengungen, den Bedarf nach Fachkräften zu decken. Zunächst gilt es natürlich, das inländische Potential zu nutzen. Wo dies aber nicht gelingt oder nicht ausreicht, erleichtern wir auch den Arbeitsmarktzugang für hochqualifizierte Ausländer durch Einführung der sogenannten „Blue Card“. In Umfragen sagen 80% der ausländischen Master-Absolventen an deutschen Hochschulen, sie seien bereit, in Deutschland zu bleiben. In Großbritannien sind es nur 50%. Tatsächlich bleiben derzeit aber nur 25% nach ihrer Ausbildung in Deutschland. Deshalb verbessern wir jetzt die Rahmenbedingungen für Studium und Jobsuche und schaffen Perspektiven für einen dauerhaften Verbleib im Land. Neben dem Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ist die „Blue Card“ ein weiterer Baustein zur Sicherung des Fachkräftepotenzials in unserem Lande.

Fachkongress zu islamischer Paralleljustiz

In jüngster Zeit mehren sich Presseberichte über selbsternannte „Friedensrichter“, die insbesondere in muslimisch geprägten Einwanderervierteln deutscher Großstädte wirken. Diese „Streitschlichter“, häufig die Chefs großer arabischer Familienclans, treten bei heftigen Konflikten und Straftaten unter Muslimen auf den Plan. Ziel ihres Wirkens ist eine Beilegung der Konflikte nach eigenen, durch arabische Stammestradi-tionen geprägte Regeln. Die Durchsetzung der „Schlichtersprüche“ beruht nicht selten auf Androhung von Gewalt oder anderen empfindlichen Sanktionen. Wenn die deutschen Strafverfolgungsbehörden überhaupt Kenntnis von solchen Straftaten erlangen, so stoßen sie bei Opfern und Zeugen oftmals auf eine Mauer des Schweigens: Aussagen werden verweigert, unbekannte Dritte einer Beteiligung bezichtigt, Erzwingungsmaßnahmen ignoriert. Für eine Verurteilung nach der deutschen Strafprozessordnung fehlt es dann meist an verwertbaren Beweisen. Mutmaßliche Täter bleiben unbestraft. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion diskutierte auf einem Kongress am vergangenen Montag das Phänomen der islamischen Paralleljustiz in

Deutschland und erörterte mögliche Schlussfolgerungen für Politik und Justiz. Die Beiträge verschiedener Experten aus den Bereichen Justiz, Kriminalpolizei und Integrationspraxis machten deutlich, dass der deutsche Rechtsstaat bisher weitgehend blind für die Problematik der Paralleljustiz ist. Auch liegt dazu kaum Zahlenmaterial vor.

Der Berliner Justizsenator Thomas Heilmann vertrat die Auffassung, dass schon der Begriff des „Friedensrichters“ vollständig irreführend sei. Denn diese Personen verkörpern weder Organe der Rechtspflege, noch habe ihre Tätigkeit eine für die Gesellschaft friedensstiftende Wirkung. Wichtig sei es Richter und Staatsanwälte stärker dafür zu sensibilisieren, dass Zeugen und Opfer unter Eindruck einer Zwangsschlichtung stehen können.

Vorgänge in Ukraine sehr beunruhigend

In den letzten Tagen häufen sich alarmierende Nachrichten über den Gesundheitszustand der ukrainischen Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko. Deutsche Ärzte haben festgestellt, dass die ehemalige Ministerpräsidentin unter starken Rückenschmerzen leidet, die vollkommen unzureichend behandelt werden. Zudem wird sie trotz ihres Gesundheitszustandes permanent verhört. Eine Behandlung im Ausland lehnt das Regime bislang ab. Die gemeinsam mit der Bundeskanzlerin getroffene Entscheidung von Bundespräsident Gauck, an einem Treffen mitteleuropäischer Staatsoberhäupter in der Ukraine nicht teilzunehmen, war hier ein richtiges Signal. Im Oktober sind in der Ukraine Parlamentswahlen geplant. Der freie Zugang der Opposition zu den Medien im Wahlkampf, die Zulassung ihrer Kandidaten und der störungsfreie Ablauf des Urnengangs sind für die weitere Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine von größter Wichtigkeit. Auch unter Frau Timoschenko war die Ukraine noch weit von den EU-Standards bei Demokratie und Rechtsstaatlichkeit entfernt. Die derzeitige Entwicklung ist aber höchst beunruhigend. An eine Ratifizierung des Assoziierungsabkommens, das jüngst unterzeichnet wurde, ist daher derzeit im Deutschen Bundestag nicht zu denken.